05.09.2012 Stuttgarter Nachrichten

Für die Sozialkasse bleibt der erhoffte Geldsegen aus

Die Nacherhebung von Beiträgen in der Leiharbeitsbranche bringt wenig ein

Von Norbert Wallet

Berlin. Die deutschen Sozialkassen müssen auf einen erhofften Milliardensegen offenbar verzichten. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion hervor, die unserer Zeitung vorliegt.

Der Hintergrund: Im Dezember 2010 hatte das Bundesarbeitsgericht die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalservice-Agenturen (CGZP) für nicht tariffähig erklärt.

Das bedeutete, dass bei den betroffenen Arbeitgebern beträchtliche Nacherhebungen von Sozialbeiträgen fällig wurden. Die Höhe wurde von Experten auf maximal zwei Milliarden Euro geschätzt. Diese Erwartung erweist sich inzwischen als deutlich zu hoch.

Nach Angaben der Bundesregierung wurden bis Ende Juli 2012 insgesamt 1011 Beitragsbescheide erlassen. Die Forderungen betragen nach Angaben der Bundesregierung jedoch lediglich 'rund 69,3 Millionen Euro'.

Aber selbst diese Summe wird wohl nicht mehr eingenommen werden können. Für den Einzug der nacherhobenen Beitragsforderungen sind die Krankenkassen zuständig. Nach Angaben des Spitzenverbands sind bis Juli dieses Jahres rund 22,9 Millionen Euro gezahlt worden. Rund 9,9 Millionen Euro sind gestundet worden. Ansprüche von 8,3 Millionen Euro wurden indes wegen Insolvenzgefahr ganz niedergeschlagen.

Der letzte Punkt ist politisch umstritten, denn eigentlich ist die Entleiherfirma der gesetzliche Bürge, wenn die Leihfirma die Beiträge nicht zahlen kann. 'Damit entgehen den Sozialversicherungen 8,3 Millionen Euro zulasten der Versichertengemeinschaft', kritisiert die Grünen-Fraktionssprecherin für Arbeitnehmerrechte, Beate Müller-Gemmeke. 'Das ist nicht fair und nicht gerecht, denn die Entleih- und Verleihbetriebe haben jahrelang von den Niedriglöhnen profitiert.'

Betroffen von den Nachforderungen sind nach den Angaben der Bundesregierung 3200 Arbeitgeber. Abgeschlossen ist die Prüfung allerdings erst bei 1700 Firmen. Derzeit sind in Deutschland etwa 877 000 Personen in der Leiharbeitsbranche beschäftigt, 784 000 davon sozialversicherungspflichtig.

Der Grund für die deutliche Fehleinschätzung der Experten ist noch unklar. Offenbar unterliegen viele Forderungen der Sozialkassen der Verjährung.